

Herrn

**Wolfgang Schäuble, Präsident des deutschen
Bundestages**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 12.06.2019

Anträge der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP „30 Jahre Friedliche Revolution“ und eine notwendige Richtigstellung

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

anlässlich des „30. Jahrestages Friedliche Revolution“ haben die Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP ein Grundsatzpapier zur politisch-historischen Einordnung der Ereignisse um den Sturz der SED-Diktatur verfasst (Drs. 19/10613, 19/10614). Das Phänomen „Flucht und Ausreise“ wird durch die einseitige Fokussierung auf den Herbst 1989 völlig ausgeblendet, womit die Geschichte verfälscht wird. Es darf als sicher gelten, dass diese Papiere auch die Grundeinstellung der dahinter stehenden Parteien widerspiegeln.

Der Vorstand der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) hat eine Stellungnahme dazu verfasst, in der eine Richtigstellung verlangt wird. Das Papier, siehe Anlage, wurde an an folgende Adressaten verschickt:

- Vorsitzende der Bundestagsfraktionen von Union, SPD, FDP
- Vorsitzende von CDU, CSU, SPD, FDP
- Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“
- Bundespräsident

Vor dem Hintergrund unserer bisherigen langjährigen Erfahrungen gehen wir davon aus, dass man dort (mit Ausnahme des Bundespräsidenten) nicht reagieren wird.

Kurz nach der Gründung der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hatte sich der Vorstand der IEDF dort vorgestellt: Keine Reaktion. Auch eine vorsichtige Mahnung hat nichts bewirkt.

Die Ignoranz gegenüber den DDR-Flüchtlingen, die seit der Herstellung der deutschen Einheit eine Minderheit innerhalb der deutschen Gesellschaft darstellen, hat offensichtlich Methode.

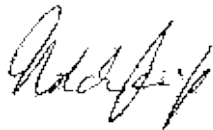
Wir stellen fest und beklagen, dass die Bevölkerungsgruppen „Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa“, „Bürger der neuen Bundesländer“ und „Migranten“ mit Hilfe von jeweils einem Bundesbeauftragten über einen direkten Zugang zur Bundesregierung verfügen. Deren Anliegen werden ernst genommen.

Die Bevölkerungsgruppe der ehemaligen DDR-Flüchtlinge hingegen wird, obwohl das entsprechende Konfliktpotenzial durchaus bekannt ist (oder gerade deswegen), systematisch auf Abstand gehalten.

Die o. g. Papiere aus der Mitte des Bundestages zeigen das einmal mehr. Der Vorstand der IEDF hat zu diesen Dokumenten eine Stellungnahme verfasst, die wir Ihnen hiermit vorlegen.

Wir bitten Sie als Inhaber des zweithöchsten Amtes im Staat, darauf hinzuwirken, dass die politischen Verantwortungsträger in Bundestag und Bundesregierung ihre negativ eingefärbte Haltung gegenüber den ehemaligen DDR-Flüchtlingen revidieren.

Wir hoffen, dass die Politik angesichts des Jubiläumsjahres doch noch dazu veranlasst werden kann, die demütigende Nichtbeachtung der Bevölkerungsgruppe der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu beenden, ihnen die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zu gewähren und das zu deren Lasten verletzte Recht wiederherzustellen.



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlage: Stellungnahme der IEDF zu den o.g. Anträgen der Bundestagsfraktionen